

Erich Foglar

Die Geschichte einer verfehlten Krisenpolitik oder: Plädoyer für einen Kurswechsel in der EU-Politik

Warten auf den Aufschwung ist zu wenig

Wir zählen bereits das sechste Jahr nach der Finanzkrise 2008 und noch immer steckt die europäische Wirtschaft in einer Rezession. Immer wieder werden diverse Wachstumsprognosen abwärts revidiert. Und immer wieder wird in ebendiesen Prognosen ein Wiederaufschwung der Konjunktur für das jeweils darauffolgende Jahr prophezeit. Wenn die derzeitige Wirtschaftspolitik der EU so fortgesetzt wird, wird sich vermutlich an diesem Prognoseszenario auch nichts ändern. Denn: Woher sollte solch ein Wiederaufschwung kommen, wenn vier Fünftel der Konsum- und Investitionsnachfrage innerhalb der Eurozone selbst besteht und diese Nachfrage durch die sogenannten „Strukturreformen“ à la Troika, Six-Pack, Two-Pack und Euro-Plus-Pakt immer mehr geschwächt wird? Im wirtschaftspolitischen Kurs der EU wird diese Nachfragekomponente nach wie vor völlig negiert. Im Gegenteil, die Troika (EU-Kommission, EZB und IWF) bedient sich altbekannter Vorschläge der neoliberalen, angebotsorientierten Wirtschaftstheoretiker und setzt sie in bisher unbekannter Härte um. Begründet wird das mit dem Ziel die Wettbewerbsfähigkeit jener Länder, die auf Kredite aus dem EU-Rettungsschirm angewiesen sind, zu steigern. Diese „Strukturreformen“ umfassen Eingriffe in der Lohnpolitik (z.B. Reduktion von Mindestlöhnen und Löhnen im öffentlichen Dienst), Eingriffe in die Kollektivvertragspolitik (z. B. Dezentralisierung von Lohnverhandlungen, Schwächung der Verhandlungsmacht von Gewerkschaften und des sozialen Dialoges), Verschärfungen im Pensionsrecht und Eingriffe ins Arbeitsrecht (z. B. beim Kündigungsschutz, verlängerte Höchstarbeitszeiten). Diese Vorgehensweise kritisiert nun sogar die OECD: Sie hat eingeräumt, dass die angeordnete Sparpolitik und die gesetzten Maßnahmen die sozial Schwächsten überproportional belasten und warnt vor den langfristigen Folgen einer sozialen Krise.¹

¹ Siehe OECD-Studie: Society at a Glance 2014

Das Ergebnis: Die ArbeitnehmerInnenrechte sind eingeschränkt, der Aufschwung aber lässt weiter auf sich warten. Der Austeritätskurs schwächt nicht nur den Privatkonsum, sondern auch dringend notwendige Investitionen der privaten und vor allem der öffentlichen Hand. Und ohne Binnennachfrage bleibt auch das Wirtschaftswachstum aus. Die tiefgreifenden sozialen Folgen dieser falschen EU-Krisenpolitik werden zunehmend sichtbar:

- Seit dem Ausbruch der Finanzmarktkrise im Jahr 2007 sind die Arbeitslosenzahlen EU-weit um 20% gestiegen, aktuell sind mehr als 26 Millionen Menschen arbeitslos.
- EU-weit ist bereits jeder vierte Jugendliche ohne Job, in manchen Ländern beträgt die Jugendarbeitslosigkeit über 50% und viele jungen Menschen sind auch weiterhin ohne Perspektive auf Arbeit oder Ausbildungsplatz.
- 25% oder 124,5 Millionen Menschen in Europa sind von Armut und sozialer Ausgrenzung gefährdet, darunter auch viele arbeitende Menschen (sogenannte „Working Poor“).

Die durchaus ehrgeizigen, aber richtigen Ziele der Europa-2020-Strategie der EU-Kommission aus dem Jahre 2010 rücken in immer weitere Ferne und die angestrebte Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der EU ist derzeit auch nicht in Sicht. Statt einer Steigerung des Industrieanteils von 15% auf 20% am BIP, ist der Anteil bisher stagnierend bei 15%. Das ist nicht weiter verwunderlich, denn nach wie vor fehlt ein koordiniertes Vorgehen in der Industriepolitik, in Kombination mit der Umwelt- und Energiepolitik, um die gesetzten Ziele auch zu erreichen.

Die gescheiterte Krisenbekämpfung, verstärkt durch Austeritätspolitik sowie Lohn- und Sozialabbau, findet ihren Ausdruck auch in der notorischen Investitionsschwäche der EU. Wurden 2007 noch 21,7% des BIP investiert, waren es 2013 nur mehr 17,5%. Das ist im Vergleich zu anderen Industrienationen wie Australien (30% des BIP) und Kanada (25% des BIP) zu niedrig. Aufgrund der mangelnden Investitionen ist zu befürchten, dass Europa immer weiter an Anschluss verliert.

Auch von den sozialen Europa-2020-Zielen sind wir heute weiter entfernt als noch 2010: Statt einer Reduktion der Anzahl jener Menschen, die von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen sind, ist ihre Anzahl sogar noch gestiegen (Ziel 2010: 22 Millionen weniger Menschen sollen betroffen sein. Die Realität: Anstieg von 118 Millionen Betroffenen 2010 auf 124,5 Millionen Betroffene 2012). Die Beschäftigungsquote sank seit Ausbruch der Krise (von 70,3% 2008 auf 68,4% 2012) – das Ziel 2020 sah eine Beschäftigungsquote von 75% vor, was angesichts der Arbeitsmarktprognosen bei der Fortschreibung dieser Krisenpolitik ebenfalls nicht sehr realistisch erscheint.

Kurswechsel: Echte Strukturreformen statt Austeritätspolitik, Lohn- und Sozial- sowie Steuerdumping

Die oben angeführten Fakten belegen, dass ein Kurswechsel dringend notwendig ist – weg vom neoliberalen Austeritätskurs hin zu einem Wachstums- und Wohlstandsmodell für Europa.

Kurswechsel: Vorrang für soziale Rechte

Längst überfällig ist die gewerkschaftliche Forderung nach einer EU-Vertragsänderung, damit soziale Rechte Vorrang haben gegenüber wirtschaftlichen Marktfreiheiten (freier Personenverkehr, freier Warenverkehr, freier Dienstleistungsverkehr, freier Kapitalverkehr). Die vier Freiheiten dürfen nicht mehr als Steigbügelhalter für Lohn- und Sozialdumping dienen².

Kurswechsel: Nachfrageorientierung

Statt diese Austeritätspolitik fortzuschreiben und weiterhin auf den Aufschwung zu warten, fordert der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) konkret ein groß angelegtes europäisches Investitions- und Konjunkturprogramm für die Realwirtschaft (!), für das auch privates Investitionskapital gewonnen werden soll.³ Diesem Kurs hat sich neben dem EGB auch der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) angeschlossen. Auch er fordert ein groß angelegtes Investitionsprogramm, das unter anderem aus Einnahmen durch Umverteilungsmaßnahmen gespeist werden soll.

Kurswechsel: Finanzwirtschaft muss Realwirtschaft dienen

Echte Strukturreformen müssen bei jenen Strukturen ansetzen, die diese Finanz- und Wirtschaftskrise erst ermöglicht haben, nämlich bei den unzurei-

2 Siehe dazu EuGH-Urteile Viking, Laval und Rüffert, z. B. in Andreas Bückler, Wiebke Warneck: Viking – Laval – Rüffert : Consequences and policy perspectives, ETUI Report 111, Brüssel 2010

3 Der vom EGB beschlossene Investitionsplan „A New Path for Europe“ soll primär über die Europäische Investitionsbank (EBI) laufen. Mitgliedstaaten sollen über zehn Jahre hinweg ein zusätzliches Grundkapital von 0,83% des BIP in die EBI einzahlen, langfristige Anleihen der EBI sollen zusätzlich privates Kapital aktivieren. Anstoß der Diskussion war das DGB-Modell „Ein Marshallplan für Europa“.

chend regulierten Finanzmärkten, bei der ungleichen Verteilung von Vermögen und Einkommen (bzw. Einkommenszuwächsen) sowie bei den Ungleichgewichten in den Leistungsbilanzen. Es bedarf rasch einer straffen Regulierung der Finanzmärkte. Mit der eben erst im EU-Parlament beschlossenen Bankenunion ist ein erster Schritt in die richtige Richtung getan. Das grundlegende Ziel lautet, die Finanzmärkte auf ihre ursprüngliche Aufgabe zu reduzieren: Die Finanzwirtschaft muss der Realwirtschaft dienen, durch die Finanzierung langfristiger Investitionen von realwirtschaftlichen Unternehmen, von Haushalten und der öffentlichen Hand. Dazu müssen bestimmte Spekulationen verboten und der Hochfrequenzhandel eingedämmt werden.

Ebenso muss auf der Einnahmenseite die Steueraufkommensbasis gestärkt werden, mittels einer Finanztransaktionssteuer, durch das Schließen von Steueroasen, durch einen entschlossenen Kampf gegen Steuerhinterziehung, durch die Besteuerung großer Vermögen, Immobilien und Erbschaften. Wir brauchen eine EU-weite Koordinierung der Steuerpolitik, um Steuerdumping entgegenzuwirken und die Erosion öffentlicher Einnahmen zu verhindern. Das ist nicht nur eine wirtschaftspolitische Notwendigkeit, sondern auch eine Frage der Gerechtigkeit. Ein europäischer Mindestsatz für Unternehmenssteuern gehört seit Langem zu den Forderungen der europäischen Gewerkschaften.

Echte Strukturreformen in den einzelnen (Krisen-)Ländern sollten sich am tatsächlichen Reformbedarf orientieren – denn die Gründe, warum etwa Länder wie Irland (Bankensystem), Spanien (Immobilienblase), Griechenland (schwache Steuerbasis, kein wirtschaftliches Entwicklungskonzept) Finanzhilfe der EU in Anspruch nehmen mussten/müssen, sind sehr unterschiedlich, die von der Troika verordneten „Strukturreformen“ waren aber immer die gleichen und haben den Großteil der Lasten aus der „internen Abwertung“ den ArbeitnehmerInnen und sozial Schwachen aufgebürdet. Der Erfolg dieser Strukturreformen darf angesichts der aktuellen Wirtschaftsdaten durchaus angezweifelt werden.⁴ Die Gläubiger, die teilweise bewusst mit der Krise spekuliert haben, wurden vor einem Schuldenschnitt bewahrt (mit Ausnahme von Griechenland und Zypern). Stattdessen wurde ein „Sozial- und Wohlstandsschnitt“ vollzogen, der vor allem jene traf, die diese Krise nicht verursacht haben.

Nicht nur haben diese Eingriffe in die Lohnpolitik sowie in Sozial- und Arbeitsrechte dramatische Auswirkungen auf die wirtschaftliche und soziale Lage der betroffenen Länder – sie sind auch demokratiepolitisch höchst bedenklich

4 Steffen Lehdorff (Hrsg.): Ein Triumph gescheiterter Ideen. Warum Europa tief in der Krise steckt – Zehn Länder-Fallstudien, VSA-Verlag, Hamburg 2012

und menschenrechtswidrig, da sie gegen das Primärrecht der EU wie auch gegen die Grundrechtecharta verstoßen.⁵

Kurswechsel: Konsolidierung und Problemlösung vor Erweiterung

All diese Entwicklungen zeigen: Die EU befindet sich derzeit in einer sozialen und wirtschaftlichen Krise, aber auch in einer politischen Krise. Die soziale Entwicklung der EU weist weiterhin eine große Kluft zwischen den Mitgliedsstaaten auf. Die Lebensbedingungen sind bei Weitem noch nicht angeglichen, im Gegenteil: In Krisenstaaten haben sie sich sogar noch verschlechtert. Durch diese unterschiedlichen sozialen Niveaus sind EU-weite soziale Mindeststandards auf hohem Niveau und damit Fortschritte für die ArbeitnehmerInnen kurz- und mittelfristig nicht in Sicht. So führt die soziale Ungleichheit zwangsläufig auch zu einem weiteren Verlust der Akzeptanz der EU bei den Menschen. Die Konsolidierung und Problemlösung muss Vorrang haben vor vorschnellen Erweiterungsschritten, damit die sozialen Spannungen nicht noch weiter zunehmen.

Mehr EU? Jedenfalls nicht „more of the same“

Es ist zu erwarten, dass sich nach den EU-Wahlen wieder eine Diskussion über die weitere Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion stellen wird. Die europäischen Gewerkschaften vertreten eine klare Linie: Weitere Vertiefungsschritte kann es nur mit einer Vertragsreform geben, die eine Stärkung der sozialen Dimension (u. a. Soziales Fortschrittsprotokoll) und eine Aufwertung des EU-Parlaments beinhaltet. Die Europäischen Sozialpartner müssen auch in der politischen Praxis stärkere Mitsprachemöglichkeiten erhalten, gleichzeitig muss die EU-Kommission sich von der Finanzmarktlobby lossagen.⁶ Die Realwirtschaft gehört gestärkt und die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit muss oberste Priorität erhalten. Kurz: Mehr EU ist für die europäischen Gewerkschaft-

5 Siehe u. a. Andreas Fischer-Lescano, Rechtsgutachten für den ÖGB, die AK, den EGB und das Europäische Gewerkschaftsinstitut, Zentrum für europäische Rechtspolitik (ZERP), Universität Bremen, Dezember 2013; http://media.arbeiterkammer.at/PDF/Studie_Austeritaetspolitik_und_Menschenrechte.pdf

6 Eine Studie im Auftrag von ÖGB/AK untersuchte die Aktivitäten der Finanzindustrie in Brüssel. Sie zeigt, dass in den Beratergruppen der EU-Kommission rund 70% FinanzlobbyistInnen sitzen. Insgesamt 700 Organisationen versuchen mit 1.700 LobbyistInnen die EU-Gesetzgebung im Sinne der Banken zu beeinflussen. Im Vergleich dazu werden NGOs, Gewerkschaften und KonsumentInnen nur durch rund 150 Organisationen repräsentiert (CEO/ ÖGB/ AK: „The Fire Power of the Financial Lobby“, April 2014).

ten nur denkbar, wenn nicht „more of the same“ auf dem Programm steht. Wenn wir es nicht schaffen, den Menschen Lösungen für ihre Probleme – Arbeitslosigkeit, Armut, soziale Ungleichheit, Einsparungen im Sozialbereich etc. – zu schaffen, verliert die EU weiter an Akzeptanz. Und das zu Recht.

Die Wirtschaftspolitik der EU darf sich nicht mehr nur nach den Wünschen der Finanzmarktlobby und der Konzerne richten – wir brauchen eine EU, in der nicht die Ungleichheit der Verteilung steigt, sondern der Wohlstand für alle. Wirtschaftspolitik ist von der Sozial- und Gesellschaftspolitik nicht zu trennen, denn nur ein soziales Europa wird auch ein wirtschaftlich erfolgreiches Europa sein und nur in einem wirtschaftlich erfolgreichen Europa lässt sich der soziale Wohlfahrtsstaat aufrechterhalten.